



Niederschrift

22. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
14. Juli 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 2 der Tagesordnung: Einführung einer Bewertungsmatrix für ein Mehr an Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz kommunaler Entscheidungen

Antrag SPD

Vorlage: 2026/0414

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf und teilt mit, der Antrag sei aus der Gemeinderatssitzung vom 23. Juni 2026 verwiesen worden.

Stadtrat Dr. Huber (SPD) meint, man versuche, eine Objektivität in Entscheidungen zu bringen. Der Hintergrund sei, wenn man beispielsweise Sparvorschläge erarbeitet bekomme, setzten sich diejenigen, die diese Sparvorschläge erarbeiteten, damit auseinander. Aufgrund der Ressourcenknappheit werde man in den nächsten Jahren immer wieder Entscheidungen treffen müssen, bei denen Objektivität zunehmend an Gewicht gewinne. Die Idee sei, jetzt schon in die Richtung zu denken, welche Systematik dazu führen könne. Man freue sich, dass die Verwaltung zugesagt habe, es im Zuge von ISEK einfließen zu lassen und sich Gedanken zu machen. Man sei gespannt, was dabei herauskomme. Wenn die Ideen vorlägen, müsse man sich überlegen, ob es dem entspreche, was man sich vorstelle.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) kann dem Ansinnen der SPD-Fraktion grundsätzlich etwas abgewinnen, genauso wie dem Verwaltungsvorschlag, innerhalb des ISEK-Prozesses zu prüfen, ob es genau diese Kriterien seien oder ob man sie nachschärfen müsse und wie sinnvoll es am Ende sei, die Bewertung auf dem Deckblatt der Verwaltungsvorlagen aufzuführen. Es sei aber sinnvoll, es in der Praxis zu üben, bevor man es formalisiere.

Stadtrat Schnell (AfD) zeigt sich überrascht über den Antrag. Vor einiger Zeit habe die SPD ein Bürokratiemoratorium gefordert, um vor allem Kommunen zu entlasten. Der Antrag fordere jetzt genau das Gegenteil. Er sehe keinen Bedarf dafür.

Stadträtin Geißinger (Vlt) meint, es sei richtig, darüber zu diskutieren, wie Entscheidungen objektiver und faktenbasierter getroffen werden können. Zugleich könne ein solches Instrument erheblichen Aufwand verursachen, wenn es zu umfangreich ausgestaltet werde; deshalb eine erprobende Herangehensweise sinnvoll sei. Zudem sei zu überlegen, ob angesichts der Überarbeitung der bis 2030 geltenden UN-Nachhaltigkeitsziele abgewartet oder kommunale Kriterien entwickelt werden sollten, auf die sich der Gemeinderat verständigen könne.

Der Vorsitzende stellt fest, der Antrag verknüpfe zwei zu unterscheidende Aspekte: die Zuordnung einzelner Maßnahmen zu den 17 Nachhaltigkeitszielen und eine eigentliche Bewertungsmatrix im Sinne eines Punktesystems. Eine systematische Zuordnung könne für die Stadt nützlich sein und solle im ISEK mitgedacht werden. Ob ein Punktesystem tatsächlich mehr Objektivität schaffe, sei dagegen fraglich; die Debatte könne sich dann lediglich auf die Bewertung einzelner Ziele verlagern. Man werde das ISEK an den SDG-Zielen spiegeln. Sollte sich daraus weiterer Bedarf ergeben, könne dies aufgegriffen werden. Er warne aber vor überhöhten Erwartungen, da Entscheidungen letztlich von politischen Gewichtungen der Ratsmitglieder abhingen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD) bekennt, die angesprochenen Schwierigkeiten seien nachvollziehbar. Es bleibe Aufgabe der Politik, in gewissem Umfang subjektiv zu entscheiden. Punktelisten könnten politische Entscheidungen nicht ersetzen. Man nehme die Bedenken ernst, gehe den Prozess offen an und betrachte den Vorschlag als einen ersten Schritt.

Der Vorsitzende erklärt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, den Antrag für erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
21. Juli 2026